

Von der Straße in den Bundestag

Die lokalen Proteste von Fridays for Future zeigen starke Wirkung

Politische Entscheidungen werden in Kabinetten und Parlamenten getroffen. Der Weg von der Straße scheint da weit. Protestforscher Lennart Schürmann hat untersucht, wie die Demonstrationen von Fridays for Future wirken – und er macht Mut: Politikerinnen und Politiker nehmen durchaus wahr, welche Themen die Menschen in ihren Wahlkreisen umtreiben. Auch lokale Proteste können das Kommunikationsverhalten von Abgeordneten verändern.

Lennart Schürmann

Am 20. August 2018 setzte sich die schwedische Schülerin Greta Thunberg erstmals vor das schwedische Parlament, in der Hand ein Schild mit der Aufschrift „Skolestrejka för klimatet“. Eine Woche später berichteten die deutsche Zeitung taz und der britische Guardian über Greta Thunbergs Protestaktion. Zwei Wochen darauf entstand in den sozialen Medien der Hashtag #FridaysForFuture, und weltweit begannen regelmäßige Freitagsproteste. Am 14. Dezember 2018, während im polnischen Katowice die 24. UN-Klimakonferenz stattfand, wurden auch in mehreren deutschen Städten Klimaaktivist*innen aktiv. Drei Monate später, am 15. März 2019, fand der erste globale Klimastreik mit Protesten in zahlreichen deutschen Städten statt. Der zweite globale Klimastreik folgte am 24. Mai 2019, während der Europawahlen. In Deutschland beteiligten sich über 320.000 Demonstrant*innen in 280 Städten an diesen Protestaktionen. An der globalen Klimastreikwoche vom 20. bis 27. September 2019 schließlich nahmen, selbst nach konser-

vativen Schätzungen, weltweit mehr als 6 Millionen Menschen teil – in Deutschland allein waren es nach Berichten von ZDFheute 1,4 Millionen. Auch während der Corona-Pandemie gelang es Fridays for Future, weiterhin zu mobilisieren. Um die Abstandsregeln einzuhalten, erweiterte die Bewegung ihr Aktionsrepertoire um neue Protestformen wie Fahrraddemos und Onlineaktionen. Insgesamt erleben wir seit 2018 eine Phase intensiver Mobilisierung für Klima und Umwelt, wobei Fridays for Future nur eine der protestierenden Organisationen ist. Andere Protestgruppen wie Extinction Rebellion oder die Letzte Generation verfolgen ähnliche Ziele, jedoch oft mit radikaleren Protestformen. Über lange Zeit waren die Demonstrationen von Fridays for Future allerdings die prominentesten Aktionen in der Klima- und Umweltbewegung.

Aber können solche Demonstrationen tatsächlich die Politik beeinflussen – und wenn ja, wie? Diese Frage wird regelmäßig von Aktivist*in-

nen, Politiker*innen und der Öffentlichkeit gestellt. Protestierende und die mit ihnen verbundenen sozialen Bewegungen haben nicht die Macht, Gesetze zu erlassen und politische Entscheidungen zu treffen. Sie sind eher Bittsteller*innen und konkurrieren mit Lobbyist*innen und anderen Interessenvertreter*innen um die Aufmerksamkeit der Politik. Letztlich sind es gewählte Abgeordnete, die über Gesetzesvorhaben entscheiden und somit den Weg zu einer klimafreundlicheren Gesellschaft gestalten.

Der Einfluss sozialer Bewegungen sollte dennoch nicht unterschätzt werden. In sozialen Bewegungen organisieren sich Menschen, um abseits von Wahlen politisch wirken zu können. Protest ist eine Aktionsform, die soziale Bewe-

„Proteste bringen Themen auf die politische Agenda, die sonst möglicherweise kein Gehör gefunden hätten“

gungen wählen können, um auf ihr Thema aufmerksam zu machen. Durch Protest können sie den Politiker*innen klare Signale über die politischen Forderungen von Teilen der Bevölkerung senden. So können Themen auf die politische Agenda gesetzt werden, die sonst möglicherweise kein Gehör gefunden hätten.

Die Protestforschung hat diese Mechanismen genauer untersucht und verschiedene Faktoren identifiziert, die bestimmen, wann Protest in der Politik positiv aufgenommen wird. Dabei zeigt sich, dass große Demonstrationen mit vielen Teilnehmer*innen eher die Aufmerksamkeit von Politiker*innen auf sich lenken. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Forderungen der Protestierenden an die Politik deutlich formuliert und klar kommuniziert werden. Die Proteste von Fridays for Future mit teilnahmestarken Demonstrationen, die klare politische Ziele benennen, sind ein Paradebeispiel erfolgreicher Mobilisierung.

Ein Faktor, der in der Forschung bisher weniger Beachtung gefunden hat, ist der Ort des Protests. Oft finden Proteste in Metropolen statt, insbesondere in Städten mit Parlaments- oder Regierungssitzen. Fridays for Future hat dagegen eine deutlich andere Strategie ver-



Lennart Schürmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und eingebunden in das Protest-Monitoring, ein Forschungsprojekt zu Protest und politischer Radikalisierung in Deutschland. Er promovierte am Cologne Center for Comparative Politics an der Universität zu Köln.

lennart.schuermann@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

folgt: Neben den großen Metropolen wurden auch in ländlichen Regionen dezentral Demonstrationen organisiert. Die Bewegung unterstreicht damit die lokale Dimension der Klimapolitik. Gleichzeitig folgt diese Strategie auch praktischen Notwendigkeiten – so besteht

„Die Bewegung der Fridays for Future unterstreicht die lokale Dimension der Klimapolitik“

ein großer Teil der Protestierenden aus Schüler*innen, die über weniger Ressourcen für lange Anreisen verfügen. Ob beabsichtigt oder nicht, Fridays for Future hat damit eine Eigenschaft des deutschen Wahlsystems genutzt – nämlich das Vorhandensein von Direktmandaten in den Wahlkreisen.

Im deutschen Mischwahlsystem können Abgeordnete über zwei Wege an ein Bundestagsmandat gelangen. Entweder ziehen sie über die Parteilisten in den Bundestag ein oder sie gewinnen ein Direktmandat in einem der 299 Wahlkreise. Noch vor wenigen Jahren waren die Parteizugehörigkeiten der Direktmandate relativ stabil. Seit einigen Jahren verlieren große Parteien (vormals Volksparteien) ver-



mehrt an Wahlstimmen, während kleinere Parteien an Zuspruch gewinnen und teilweise mehr Stimmen erringen als die Volksparteien. In vielen Wahlkreisen wird der Kampf um das Direktmandat deutlich härter. Abgeordnete, die bei den nächsten Wahlen auf ein Direktmandat setzen, tun gut daran, die öffentliche Meinung und die politischen Präferenzen bei einzelnen Sachfragen in ihren Wahlkreisen im Blick zu behalten.

Demonstrationen sind ein wichtiges Signal für die politische Stimmung in den Wahlkreisen. Protestieren ist mit hohem Aufwand verbunden. Die Anreise kostet Zeit und Geld – Ressourcen, die Protestierende auch gut für andere Aktivitäten nutzen könnten. Protestieren drückt also Engagement aus und sendet so ein starkes Signal über die politischen Präferenzen einer Person. Abgeordnete, die wiedergewählt werden möchten, sind gut beraten, auf diese Proteste zu reagieren und ihren Wähler*innen zu zeigen, dass sie ihre Signale gehört haben.

Um zu untersuchen, ob und wie Abgeordnete auf Proteste in ihren Wahlkreisen reagieren, habe ich ihre Kommunikation auf zwei sehr

verschiedenen Kanälen untersucht: im sozialen Netzwerk Facebook und in parlamentarischen Reden. Die Studie basiert auf der Analyse von über 292.000 Facebook-Posts von Bundestagsmitgliedern und mehr als 43.600 parlamentarischen Reden im Bundestag zwischen September 2017 und Februar 2020. Es zeigt sich eine starke Wirkung des ersten großen Klimastreiks am 15. März 2019: Abgeordnete reagierten deutlich auf die Proteste von Fridays for Future in ihren Wahlkreisen – sowohl in ihrer Online- als auch in ihrer Offline-Kommunikation. Abgeordnete mit mehr Protesten in ihren Wahlkreisen thematisierten in der Folge Fridays for Future und Umwelt- bzw. Klimapolitik deutlich häufiger als Abgeordnete, in deren Wahlkreisen weniger oder gar keine Umweltproteste stattfanden.

Allerdings gilt diese Beobachtung nicht für beide genannten Bereiche im gleichen Umfang: Reden im Parlament werden durch Proteste im eigenen Wahlkreis stärker beeinflusst als die Online-Kommunikation. Insgesamt war die Strategie von Fridays for Future dezentral, also nicht nur in großen Städten, sondern auch in kleineren Gemeinden zu mobilisieren, extrem

erfolgreich. Diese Strategie setzte Klima- und Umweltpolitik hoch auf die politische Agenda, da auch einzelne Politiker*innen strategische Anreize hatten, auf die Proteste zu reagieren.

„Reden im Parlament werden durch Proteste im eigenen Wahlkreis stärker beeinflusst als die Online-Kommunikation“

Diese Ergebnisse sind nicht nur auf Deutschland beschränkt. Eine Studie zum Abgeordnetenverhalten im Vereinigten Königreich zeigt ein ähnliches Bild. Auch dort haben Klimaproteste in den Wahlkreisen das Kommunikationsverhalten der Abgeordneten zugunsten von mehr Klimathemen beeinflusst.

Nun könnte man einwenden, dass Social-Media-Posts und Bundestagsreden ja noch keine politischen Entscheidungen sind. Ist es nicht einfach, über bestimmte Anliegen zu reden, wenn sie gerade populär sind? Ich möchte davor warnen, die Wichtigkeit des politischen Diskurses zu unterschätzen. Er ist vielmehr ein erster und wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden Klimapolitik.

Doch was haben die Proteste von Fridays for Future außerdem bewirkt? Verschiedene Stu-

dien haben sich mit unterschiedlichen Auswirkungen der Proteste befasst. So zeigt sich, dass die Proteste auf individueller Ebene die Bereitschaft ihrer Unterstützer*innen beeinflusst haben, ihr Konsumverhalten zu ändern: Sie reduzierten unter anderem ihren Fleischkonsum und planten weniger Flugreisen. Auf politischer Ebene trugen die wiederholten Fridays-for-Future-Proteste zum Wahlerfolg der Grünen auf Landes- und Bundesebene bei. Im Anschluss an die außergewöhnliche Mobilisierung durch Fridays for Future urteilte auch das Bundesverfassungsgericht 2021, dass die Klimaschutzpolitik der Regierung unzureichend sei.

Auch die langfristigen Auswirkungen von Fridays for Future sind nicht zu unterschätzen. Während der Proteste wurden viele junge Menschen politisiert, die zukünftig in Positionen gelangen werden, in denen sie gesellschaftlichen und politischen Einfluss ausüben können – teilweise sind sie dort bereits angekommen.

Insgesamt hat die Bewegung Fridays for Future nicht nur den öffentlichen Diskurs, sondern auch die politische Agenda maßgeblich geprägt. Die Proteste tragen dazu bei, dringend benötigte Veränderungen in der Umwelt- und Klimapolitik voranzutreiben. Protest ist also nach wie vor eine kraftvolle und effektive Methode, um politische Veränderungen anzustoßen und auf wichtige globale Herausforderungen aufmerksam zu machen. ●

Literatur

Barrie, Christopher/Fleming, Thomas G./Rowan, Sam S.: „Does Protest Influence Political Speech? Evidence from UK Climate Protest, 2017–2019“. In: *British Journal of Political Science*, 2023, S. 1–18. DOI: 10.1017/S0007123423000376.

Schmidt, Leonhard/Siebler, Carina/Schürmann, Lennart/Saldivia Gonzatti, Daniel: Fünf Jahre Fridays for Future. Erfolge, Herausforderungen und Chancen zur Erneuerung. DVPW-Blog 2023. Online: <https://www.dvpw.de/blog/fuenf-jahre-fridays-for-future-erfolge-herausforderungen-und-chancen-zur-erneuerung-ein-beitrag-von-leonhard-schmidt-carina-siebler-lennart-schuermann-und-daniel-saldivia-gonzatti> (Stand 06.11.2023).

Schürmann, Lennart: „Do Competitive Districts Get More Political Attention? Strategic Use of Geographic Representation during Campaign and Non-Campaign Periods“. In: *Electoral Studies*, 2023, Jg. 81, S. 1–8. DOI: 10.1016/j.electstud.2022.102575.

Schürmann, Lennart: „The Impact of Local Protests on Political Elite Communication: Evidence from Fridays for Future in Germany“. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 2023, S. 1–21. DOI: 10.1080/17457289.2023.2189729.

Wouters, Ruud/Walgrave, Stefaan: „Demonstrating Power: How Protest Persuades Political Representatives“. In: *American Sociological Review*, 2017, Jg. 82, H. 2, S. 361–383.